



Editorial

Unternehmen in der Green-Deal-Bürokratiefalle

Unternehmer:innen berichten immer wieder, dass ihnen die ständig zunehmende Flut an Bürokratie zu schaffen macht. Bürokratie kostet nicht nur Zeit, sondern auch Geld, hemmt Innovationen und kostet letztlich Arbeitsplätze. In den letzten Jahren wurde mit dem European Green Deal eine engmaschige Detailregulierung vorgenommen. Alles verbunden mit umfassenden Berichts-, Melde- und Nachweispflichten für Unternehmen – oft über die gesamte Lieferkette.

Die einschneidende Wirkung auf die Wirtschaft und den Wohlstand wird erst allmählich in den nächsten Jahren sichtbar werden, denn die Implementierung auf nationaler Ebene steht in den meisten Bereichen erst bevor. Es zeigen unzählige Beispiele bereits jetzt, mit welchen Problemen die Unternehmen konfrontiert sind.

So gibt es etwa über die Sinnhaftigkeit des Carbon Border Adjustment Mechanism unbestritten unterschiedliche Sichtweisen. Dass aber nun österreichische Unternehmen, die beispielsweise für 150 Euro Stahlschrauben aus einem EU-Nachbarstaat importieren, über die gesamten Treibhausgase der Lieferkette berichten müssen, geht eindeutig zu weit. Ein unglaublicher Mehraufwand, der – wenn überhaupt machbar – gerade von KMU nicht zu stemmen ist.

Mit der Green-Claims-Richtlinie müssen sich Unternehmen einem aufwändigen und fast unmöglichen Zertifizierungsprozess unterwerfen, wenn sie zum Beispiel ihre Produkte als „nachhaltig“ oder „grün“ bezeichnen wollen. Die Liste an neuen Bürokratieaufwendungen lässt sich beliebig fortsetzen: Erst kürzlich haben sich die Mitgliedstaaten auf die Lieferkettenrichtlinie geeinigt, mit der Unternehmen direkte und indirekte Geschäftspartner kontrollieren müssen, Berichte über entwaldungsfreie Lieferketten werden auf Basis eines weiteren Rechtsaktes notwendig, Produktpässe mit Nachhaltigkeitsdaten müssen erstellt werden. Die neue EU-Verpackungs-Verordnung verlangt von den Herstellern und Inverkehrbringern verpflichtende Verpackungsbewertungen, etwa zur Rezyklierbarkeit der Verpackung oder ob diese so konzipiert wurde, dass Gewicht und Volumen auf das für die Gewährleistung der Funktionsfähigkeit erforderliche Minimum reduziert wurden.

Dieser Aufwand geht weit über das in den Betrieben Machbare hinaus – noch dazu in völlig unterschiedlichen Berichts- und Meldesystemen, die nicht aufeinander abgestimmt sind. Aufgabe der neuen EU-Kommission muss es sein hier gegenzusteuern, den Green Deal nach der Pandemie und während einer immer noch andauernden kriegsbedingten Energiepreisproblematik in Richtung Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft zu evaluieren und konkrete Vorschläge für den Bürokratieabbau vorzubringen. Denn für die Umsetzung der Green-Deal-Ziele braucht es starke Unternehmen, die ihre Transformation finanziell und technologisch stemmen können. Das gelingt ihnen nur, wenn Unternehmen raus aus der Green-Deal-Bürokratiefalle kommen und am Standort Europa international wettbewerbsfähig bleiben.

Mag. Jürgen Streitner

Leiter der Abteilung für Umwelt- und Energiepolitik in der WKÖ